

Unterrichtung

Hannover, den 25.06.2026

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Beschlüsse zu Eingaben im 35. Tagungsabschnitt

Der Landtag hat folgende Beschlüsse zu Eingaben gefasst:

1. Zu Gesetzen:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/9897

Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 19/10940 Nr. 2 a

01673/04/19 und Folgesätze 1 und 2, Neugestaltung der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe:

Die Einsenderinnen und Einsender der in die Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung einbezogenen Eingaben sind über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 19/10940 Nr. 2 b

01854/04/19, Entwurf eines Gesetzes zur Ermöglichung bekenntnisfreier Schulen:

Die in die Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung einbezogene Eingabe ist der Landesregierung als Material zu überweisen.

Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 19/10940 Nr. 2 c

01923/04/19, Kein Pflichtfach Religion an Fachschulen und bekenntnisfreie Schulen:

Der Einsender der in die Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung einbezogenen Eingabe ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 19/10940 Nr. 2d

01942/04/19, Änderung des NSchG; Sicherung des Rechtes auf Bildung auch bei chronischer Krankheit und Behinderung:

Die in die Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung einbezogene Eingabe ist mit Verabschiedung des Gesetzentwurfs für erledigt zu erklären.

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Grundsteuergesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/10401

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 19/10942 Nr. 2

01374/03/19, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Grundsteuergesetzes:

Der Einsender der in die Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung einbezogenen Eingabe ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

01625/03/19, Initiative zur Änderung des Niedersächsischen Grundsteuergesetzes:

Der Einsender der in die Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung einbezogenen Eingabe ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Jagdgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/10492

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - Drs. 19/10943 Nr. 2

01561/07/19, Erhalt der Jagd mit Hunden am Naturerdbau - Ablehnung des geplanten Verbots im Niedersächsischen Jagdgesetz:

Die Einsenderin der in die Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung einbezogenen Eingabe ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

01579/07/19, Baujagd in Niedersachsen komplett verbieten:

Der Einsender der in die Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung einbezogenen Eingabe ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

01877/07/19, Jagdgesetz für mehr Tierschutz reformieren:

Die Einsenderinnen und Einsender der in die Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung einbezogenen Eingabe sind über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

01904/07/19, Kein Jagdhunde-Training mit lebenden Füchsen - Verbot der tierschutzwidrigen Baujagd:

Der Einsender der in die Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung einbezogenen Eingabe ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

2. Zu Anträgen:**Für ein faires Erbbaurecht als Grundlage bezahlbaren Wohnens**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8949

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung - Drs. 19/10888 Nr. 2

01292/06/19, Gestaltung eines angemessenen Erbbauzinses:

Die in die Beratungen zum Antrag der Landesregierung einbezogene Eingabe ist mit der Annahme des Antrags für erledigt zu erklären. Ferner soll die Einsenderin der Eingabe über die Sach- und Rechtslage unterrichtet werden.

Handys, Smartphones, Smartwatches - verlässliche Rahmen für die Mediennutzung für Schulen, Eltern, Kinder und Jugendliche erarbeiten

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/7211

Beschlussempfehlung Kultusausschusses - Drs. 19/10838 Nr. 2

01122/04/19, Verbot von Smartphones an öffentlichen Schulen:

Die in die Beratungen zum Antrag der Landesregierung einbezogene Eingabe ist der Landesregierung als Material zu überweisen.

3. Zur 30. Eingabenübersicht:

Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses - Drs. 19/10880

1. **00889/11/19** Zuschriften aus verschiedenen Bereichen
 - a) zu Geschehnissen im Zusammenhang mit - der Behandlung durch die Landesaufnahmebehörde (LAB Braunschweig) - Mitarbeitern des Sicherheitspersonals und der Polizei - Auseinandersetzungen mit anderen Untergebrachten
 - b) Schwarzarbeit bei Fast-Food-Restaurants
 - c) Beschwerde über das BAMF sowie den Landkreis Harburg usw.
 - d) Bitte um Umverteilung in den Landkreis Osnabrück
 - e) Einstellung von Leistungen nach AsylbLG
 - f) Verbot der App „Jodel“ und andere :

Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
2. **01390/11/19** Beschwerde zum Ermittlungsverfahren in einem Straf- und Insolvenzverfahren:

Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
3. **01469/11/19** Grundsicherung; Ermittlung der Bedarfe für Unterkunft und Heizung:

Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
4. **01530/11/19** Wahrung des Abstandsgebots zwischen Besoldungsgruppen:

Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
5. **01535/11/19** Auflösung und Reformierung des Pflegeausbildungsfonds Niedersachsen (PABF):

Die Einsender sind über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
6. **01546/11/19** Aus- und Fortbildung von Juristinnen und Juristen im Sexualstrafrecht:

Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
7. **01554/11/19** gemeinsame Software und digitale Hardware für alle Bundesländer sowie auf Bundesebene:

Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
8. **01567/11/19** Kündigung eines Pachtvertrages für zwei Schäferereien durch den II. Oldenburgischer Deichband:

Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
9. **01580/11/19** Anerkennung eines individuellen Betreuungsbedarfes durch den Landkreis Helmstedt:

Die Einsender sind über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

10. **01580/11/19-001** Anerkennung eines individuellen Betreuungsbedarfes durch den Landkreis Helmstedt:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
11. **01580/11/19-002** Anerkennung eines individuellen Betreuungsbedarfes durch den Landkreis Helmstedt:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
12. **01614/11/19** Bearbeitung von Anfragen und Anträgen durch die Samtgemeinde Wathlingen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
13. **01630/11/19** Justizvollzug,
Bearbeitung von Beschwerden durch das Nds. Justizministerium:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
14. **01635/11/19** Schwerbehindertenangelegenheit;
a) Feststellung des Merkzeichens „Bl“,
b) Bearbeitung einer Dienstaufsichtsbeschwerde durch das Nds. Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten. Wegen des anhängigen Klageverfahrens obliegt die Entscheidung über eine erneute Begutachtung des Petenten dem Sozialgericht.
15. **01651/11/19** Niedersächsisches Gesetz über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen (BestattG) – Ermöglichung einer „Reerdigung“:
Die Eingabe wurde an den Petitionsausschuss zurücküberwiesen.
16. **01660/11/19** Schülerbeförderung zwischen der Gemeinde Amt Neuhaus und dem Schulzentrum Bleckede:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
17. **01671/11/19** Forderung nach Transparenz und verbindlicher Antwortpflicht durch die Landesregierung:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
18. **01676/11/19** Schutz von Wepsen, Hornissen und Hummeln:
a) Kontrolle der unteren Naturschutzbehörde Region Hannover
b) Weisungen und Richtlinien für untere Naturschutzbehörden in Niedersachsen
c) Unterstützung für eine Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG):
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
19. **01683/11/19** Bauordnungsrecht: Zulässigkeit von Öl- und Gasheizungen sowie Mindestabstände für Wärmepumpen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
20. **01689/11/19** Beendigung der Physiotherapie-Ausbildung an der Elisabeth-Selbert-Schule in Hameln:
Die Einsender sind über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
21. **01692/11/19** Verfahren zur Vergabe von kommunalen Gewerbestandstücken durch die Stadt Burgwedel:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

22. **01693/11/19** Beschwerde über das Verhalten einer Mitarbeiterin der Ausländerbehörde der Stadt Emden:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
23. **01695/11/19** Einbürgerung als Ehegattin:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
24. **01713/11/19** Kostensenkungsverfahren durch das Jobcenter Wolfenbüttel:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
25. **01718/11/19** Entziehung der Fahrerlaubnis durch die Führerscheinstelle des Landkreises Osnabrück:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
26. **01739/11/19** Justizvollzug:
a) medizinische Versorgung,
b) Zustand der Hafträume,
c) Vollzugsplanung,
d) Entlassungsvorbereitungen / vorzeitige Haftentlassung zum 2/3 Termin,
e) Verlegung in eine andere Anstalt,
f) Vergütung nicht in Anspruch genommener Freistellungstage,
g) Beschwerde über das Verhalten der Anstaltsleitung:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
27. **01771/11/19** Einbürgerungsverfahren bei der Stadt Hannover:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
28. **01783/11/19** Steuerangelegenheit;
a) Bearbeitung einer Fach- und Dienstaufsichtsbeschwerde durch das Nds. Finanzministerium,
b) Rückabwicklung einer unrechtmäßigen Besteuerung:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
29. **01516/11/19** Verlangen nach Fortführung staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen:
Der Landtag sieht keine Möglichkeit, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden.
30. **01226/11/19** Gründe für eine Inhaftierung:
Der Landtag sieht, soweit gerichtliche Entscheidungen beanstandet werden, keine Möglichkeit, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden, da derartige Entscheidungen aus verfassungsrechtlichen Gründen einer Überprüfung durch das Parlament entzogen sind. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
31. **01527/11/19** verschiedene Problemstellungen im Zusammenhang mit einem landwirtschaftlichen Betrieb bzw. mit landwirtschaftlichen Flächen:
Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden.

32. **01556/11/19** Zuschriften zu verschiedenen Themen:
- a) neue S-Bahn-Haltepunkte in Barsinghausen und Wunstorf
 - b) Gedenkstätte zur britischen Militärregierung in Deutschland
 - c) UNESCO - Welterbe für Bauten des Architekten Otto Frei
 - d) Gedenkstätte für die Stadt der 500.000 in Wilhelmshaven
 - e) Gedenkstätte für die Gauhauptstädte Oldenburg, Hannover und Lüneburg
 - f) Reaktivierung von Verbindungen des Schienen-Personen-Nahverkehrs
 - g) Ausweisung neuer Kulturdenkmale h) Reaktivierung von Regionalbahn im Bereich Ostwestfalen-Lippe, Bremen, Bielefeld usw.
 - i) Bewerbung für Bad Pyrmont als UNESCO - Welterbe
 - k) Busverbindungen in der Samtgemeinde Rodenberg
 - l) Radweg entlang der Kreisstraße 57 m) Reaktivierung von Bahnhöfen und weiterer Anliegen :

Der Landtag hat die nicht näher begründeten Anregungen und Wünsche des Einsenders, die nicht auf eigenes Handeln zielen, sondern ein Verwaltungshandeln im Bereich diverser Niedersächsischer Kommunen anstreben, zur Kenntnis genommen. Er weist auf die Möglichkeiten hin, diese Wünsche in den dafür vorgesehenen Verfahren und gegenüber den zuständigen Stellen vor Ort geltend machen zu können. Darüber hinaus sieht der Landtag keinen Anlass, sich für die Anliegen des Petenten zu verwenden.

33. **01577/11/19** a) Bitte an den Landtag um Unterstützung einer Aussage der damaligen Kultusministerin aus dem Jahr 2015 zur Verunglimpfung des Angedenkens der Opfer des Holocausts,
- b) Bitte an den Landtag um Unterstützung einer Erklärung des Ministerpräsidenten zur Schändung des Gedenkens an die Ermordeten der Schoa in der Gedenkstätte Ahlem,
 - c) strafrechtliche Behandlung des Vorfalles durch die Staatsanwaltschaft
 - d) Bitte an den Landtag um Unterstützung einer an Frau Ministerin Dr. Wahlmann gerichteten Eingabe
 - e) Bitte um Veröffentlichung einer Presseerklärung anlässlich des 100. Geburtstages eines Schoaüberlebenden
 - f) Antwort des CDU-Landesverbandes auf eine Zuschrift zu General a.D. Otto Wöhler:

Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen der Einsender zu verwenden.